# Halle und Umgebung.

Halle, den 20. Oktober 1918.

## Sonntagsplauderei.

Unsere Ueber-Zivilisation vor dem Kriege, das krankhafte Aesthetentum, die Sucht, allerlei Geist- und Seelen-Sensationen auszunobeln und dem Volke als neue Offenbarungen literarisch und bühnenhaft zu versetzen, sie als die neue Zeit in Umlauf zu bringen, und ebenso die schrankenlose Genußsucht in unserer Lebensführung tragen nach meiner Ueberzeugung einen großen Teil der Schuld an unserer inneren Zerrissenheit, die bei den jetzigen Geschehnissen zum Zusammenbruche führen müßte, wenn nicht eben aus diesen Geschehnissen heraus das Schicksal mit gewaltiger Faust greift und uns zu fester Entschlußkraft und tatkräftigem Tun emporreißt. Nun aber reihen wir schon wieder neue Fehler an die alten, indem wir unsere kostbare Zeit jetzt mit dem Suchen nach allerlei Schuldigen vertrödeln, statt uns stark zu machen für Aufgaben, die unsere ganze Zukunft angehen und deren Vernachlässigung uns in den Abgrund des völligen Verderbens stürzen müßte. Wir müssen dem Kommenden, gestalte sich es, wie es mag, fest in die Augen blicken. Gefühlskrankes Aesthetentum, blasse Verzagtheit, tatlose Ergebung in das Schicksal sind Dinge, die wir jetzt nicht brauchen können.

Gewiß haben Leid und Entbehrungen an der Widerstandskraft des Volkes im Innern des Landes gezehrt, obwohl wir nichts von den ungeheuren Lasten des Krieges gespürt haben, die die Bevölkerung in den feindlichen Landesteilen, wo der Krieg geführt wurde, zu tragen hatte und die dabei doch von den Hoffnungen für ihr Land nicht ließ. Gewiß ist die jetzige Entwicklung der Dinge nicht derart, daß wir Hosiannah zu rufen Veranlassung hätten. Allein eben um deswillen müssen wir alle Willenskraft aufbieten, müssen die Zähne zusammenbeißen und uns mit der Kraft des festen Entschlusses zum Weiterleben und zum Weiterbehaupten in der Welt erfüllen. Nur das Volk ist verloren, das sich selbst aufgibt. Die Jahrtausende alte Geschichte des Deutschtums weist so viele Höhen und Tiefen auf und ist doch immer wieder zur Höhe geführt worden, daß wir wohl davon überzeugt sein dürfen: unser Deutschland kommt wieder auf die Beine, wenn wir es nur wollen.

Aber wollen müssen wir. Darauf kommt es an. Wir werden auch in Zukunft viele unserer Bedürfnisse, die eine Frucht unserer „Kulturerrungenschaften" waren, abtun, uns mit einer strengeren Lebensführung abfinden müssen, aber wir gewinnen auf der anderen Seite das Vermögen zum Emporarbeiten, so schwer uns das auch gemacht werden wird von der Last, die wir als Kriegsfolge zu tragen haben werden. Zur Verzweiflung sowenig, wie zum Zweifel an die Möglichkeit, daß wir wieder in die Höhe kommen werden, haben wir Anlaß. Aber wir werden manche uns anerzogene Untugenden, wie die unlautere Geldgier, den Wuchergeist gewisser Schichten und so manches andere Unerfreuliche, abtun müssen, wenn die Quelle unserer Kraft wieder rein und klar fließen soll.

## Tagung des Unterverbandes des Reichsstädtebundes für Sachsen und Anhalt.

Halle, 19. Oktober 1918.

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Belian-Eilenburg begrüßte die im Stadtverordnetensitzungssaale tagende Versammlung des Unterverbandes des Reichsstädtebundes für die Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalts, verlas die Kundgebung des Gesamtvorstandes des Reichsstädtebundes, der dieser Tage in Berlin zusammengekommen war, an den Reichskanzler, in deren Bestätigung die Erschienenen auf den König von Preußen und den Herzog von Anhalt ein dreifaches Hoch ausbrachten, und teilte dann mit, daß eine Tagesordnung nicht verteilt worden sei. Zuerst sollten geschäftliche Angelegenheiten erledigt, dann ein Bericht des Geschäftsführers und Syndikus des Reichsstädtebundes Herrn Dr. Häckel entgegengenommen und hierauf Verschiedenes erörtert werden.

Der Unterverband für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt wird vom Vorsitzenden als begründet erklärt, nachdem die von ihm vorgetragene Satzung angenommen worden war. Neben dem Reichsstädtebunde, der die kleinen und mittleren Städte umfaßt, besteht noch ein Bürgermeistervverein, der zwar in erster Linie das, was die Bürgermeister angeht, verfolgt, aber mit dem Reichsstädtebund sehr viele Berührungspunkte hat. Deshalb wird, da der Unterverband das Recht hat, ein zweites Vorstandsmitglied in den Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes zu entsenden, der Vorsitzende des Bürgermeistervereins, Herr Bürgermeister Boye-Neuholdensleben gewählt. In den Hauptausschuß werden die bisher den Beirat bildenden Mitglieder wieder-, ferner Herr Bürgermeister Lederbogen-Belgern neugewählt. Der Hauptausschuß besteht hiernach aus den Herren Herzog-Merseburg, Wiebeck-Langensalza, Schmalz-Burg, Stührmann-Artern, Henke-Bleicherode und Lederbogen-Belgern. Für die Herren Schmalz und Lederbogen werden die Herren Schmidt-Bitterfeld und Loeße-Torgau als Stellvertreter neugewählt. Weiter erfolgt die Zuwahl des Herrn Schmidt-Schkeuditz.

Der Vorsitzende teilte noch eine aus Eisleben eingegangene Anregung mit, die eine Zusammenkunft der Vertreter von Mietseinigungsämtern vorschlägt.

Es folgte nun ein eingehender Bericht des Geschäftsführers und Syndikus des Reichsstädtebundes Herrn Dr. Häckel über die Gesamtvorstandssitzung in Berlin. Dabei teilte er mit, daß Aussicht für den körperschaftlichen Anschluß von 200 bayerischen Städten mit 650 000 Einwohnern und von 72 sächsischen Städten mit 720 000 Einwohnern an den Reichsstädtebund besteht. In jener Sitzung ist beschlossen worden, zu beantragen: daß alle Städte, ohne Rücksicht darauf, ob sie Gefrierhäuser haben oder nicht, für die Nachteile, die sie durch das Verfahren des Viehhandelsverbandes erlitten haben, entschädigt werden. Weiter ist die Kohlenversorgung der Städte behandelt worden. Dem Geschäftsführer ist aber auch da mitgeteilt worden, daß alles getan werde, um die Städte mit Kohlen zu versorgen. Ferner ist in der Sitzung über den Hypothekenschutz gesprochen worden. Man geht an die Städte heran mit der Forderung, daß sie für Grundstücke, die mit zweiten Hypotheken von 60 bis 75 Prozent ihres Wertes beliehen sind, Bürgschaft übernehmen. Das kann zu einer bedenklichen geldlichen Belastung der Gemeinden führen. Dann hat sich der Gesamtvorstand mit der Besteuerung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die während des Krieges reichliche Geschäfte gemacht haben, befaßt und tritt für diese Besteuerung zu Gunsten der Gemeinden ein. Für eine vorgeschlagene Mietssteuer tritt der Reichsstädtebund als einer kulturfeindlichen Steuer nicht ein. Der Reichsstädtebund empfiehlt den Gemeinden die Festsetzung eines Einheitspreises für Leuchtund Heizgas, um Ausgaben für Gasmesser zu ersparen. Der Vorstand will nochmals den Kommissar für Volksernährung bitten, die Kreise anzuweisen, den kreisangeschlossenen Gemeinden die Ausgaben zu erstatten, die sie für kriegswirtschaftliche Zwecke machen müssen, die von verordnungsgemäßen den Kreisen vorgeschrieben sind; die Kreise halten sich hierzu den sie veranlassenden Gemeinden gegenüber nicht für verpflichtet.

Weiter ist darauf hingewiesen worden, daß die kleinen Gemeinden in der Mehlversorgung wie in der Versorgung mit anderen Waren benachteiligt werden. Der Reichsstädtebund tritt für eine Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten hinsichtlich der Teuerungszulagen ein, die pensionsberechtigt sein sollen und wozu der Staat Mittel zur Verfügung stellt, damit die Gemeinden dieser Aufgabe gerecht werden können. Kriegsbeschädigte Beamte sollen auf Privatdienstvertrag angestellt werden, damit sie nicht der Industrie zuströmen; denn an Gemeindebeamten ist starker Mangel. Noch hatte sich der Gesamtvorstand mit einer Reihe anderer Angelegenheiten zu befassen: mit einem Verkehrsamte, mit der Jugendfürsorge, wobei Protest gegen eine Entrechtung der Städte erhoben wird, mit einer Verwaltungsordnung für städtische höhere Schulen, mit Elternbeiräten, der Verwaltungsreform, deren Erscheinen noch dahinsteht. Wenn die Denkschrift hierüber erscheint, wird der Reichsstädtebund sich eingehend damit beschäftigen. Besonders wird eine Aenderung der Stellung der kreisangehörigen Städte gegenüber den Kreisen angestrebt; denn die Städte sollten als Selbstverwaltungskörper nicht den Landräten unterstellt sein. Auch will man sich beschwerdeführend an das Kriegsministerium wenden über die Auffassung von Kriegsämtern, daß die Bauerlaubnis den Landräten, nicht den Gemeinden zustebt. An diese Mitteilungen schlossen sich einige andere, die den Reichsstädtebund am Mittwoch und Donnerstag beschäftigt haben und die zumeist geschäftlicher Natur sind.

In der Aussprache über alle diese Gegenstände wurden noch manche Gesichtspunkte erörtert, namentlich da, wo es sich um die kriegswirtschaftlichen Anträge und Wünsche des Reichsstädtebundes handelte. Festgestellt wurde u. a., daß in den meisten der heute vertretenen Städte eine einmalige Teuerungszulage nach den allgemeinen Grundsätzen vom September d. J. gewährt worden ist. Einer Mietssteuer für Luxuswohnungen wurde nur von Herrn Herzog-Merseburg das Wort geredet.

Dann schloß der Vorsitzende die Tagung mit dem Wunsche, daß dem Unterverbande auch in Zukunft die Erfüllung seiner Aufgaben gelingen möge in enger Fühlung mit den Reichs- und Landtagsabgeordneten, durch die es vielleicht möglich werde, manches nach erfolgreicher durchzuführen als durch den Reichsstädtebund, insbesondere bei der sich vollziehenden Neuordnung der Dinge.

**In der Stunde der Not zeigt es sich, was der Einzelne und was ein Volk wert ist!**

**von Hindenburg.**

### Zuvorkommende Auskunft geben!

Das städtische Jugendamt ist verpflichtet, sich über das Ergehen und Verhalten der in seinem Bezirke wohnenden Mündel dauernd zu unterrichten. Auf Grund dieser Bestimmung sind die städtischen Waisenpflegerinnen beauftragt, sich durch persönliche Besuche der Mündel von deren Ergehen und Verhalten zu überzeugen. Im allseitigen Interesse ersuchen wir, den mit behördlichem Ausweis versehenen Damen in zuvorkommender Weise Auskunft zu erteilen.

**Vorträge des Bundes** Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr in den Thaliasälen. Herr Prof. Dr. Abderhalden schreibt uns: An Stelle des verhinderten Herrn Prof. Dr. Menzer hat sich Herr Geh. Konsistorialrat Prof. D. Lütgert bereit erklärt, über das Thema: Religion als Volkskraft zu sprechen. Es war in hiesigen Zeitungen der Wunsch geäußert worden, daß im Anschluß an den Vortrag des Herrn Prof. Dr. Menzer über Optimismus und Pessimismus auch ein Theologe das Wort ergreife. Es ist außerordentlich dankenswert, daß Herr Geh. Rat Prof. Lütgert sich bereit finden ließ, diesem Wunsche so rasch zu entsprechen. Möge dieser zeitgemäße und außerordentlich wichtige Vortrag sich eines recht reichen Besuches erfreuen. Hervorgehoben sei, daß auch an der Abendkasse stets noch Eintrittskarten zu haben sind.

**Die „Evangelische Frauenschule für kirchliche und soziale Arbeit"** ist am Donnerstag mit einer schlichten Feier eröffnet worden. Der Vorsitzende des Diakonissenhausvorstandes, der nun auch diese neue Frauenschule tragen wird, Geh. Justizrat Dr. Else, mahnte mit dem Bibelwort: „Kaufet die Zeit aus, denn es ist böse Zeit" und schrieb auch über die neugegründete Schule das einst von D. Beschlag ausgegebene Losungswort „Deutsch-Evangelisch!" — Sup. Moehr gedachte auch der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, und legte Nachdruck darauf, daß dem Herrn der Kirche mit brünstigem Gebete gedient werde. Konsistorialrat Möller aus Magdeburg überbrachte die Segenswünsche des Kgl. Konsistoriums und ließ sein Wort ausklingen in Psalm 90, 17. Namens der Lehrkräfte, die an der „Evangelischen Frauenschule" tätig sein werden, wünschte Geh. Rat D. Feine, daß Marthafleiß und Mariensinn verbunden dem Hause seine Eigenart geben möchten. Der Diakonissenchor weihte die Feierstunde der jungen Tochteranstalt. Die Räume sind familienhaft und anheimelnd gestaltet worden. Unter den 16 Damen, mit denen der erste Jahrgang nun beginnen wird, sind auch solche aus dem Frankfurter Verband, in auch aus dem Badischen. Damit hat die alte Schulstadt Halle eine neue wichtige Bildungsstätte bekommen. Möge viel Segen von ihr ausgehen!

**Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe** wurde dem Fabrikdirektor Max Brandenberger der Portland-Cement-Fabrik Halle verliehen.

# Provinzial-Nachrichten.

**Weißenfels**, 19. Okt. (Erwischte Einbrecher.) Die Diebe, die in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. im Gutmannschen Geschäfte eingebrochen und Waren im Werte von etwa 15—20 000 Mark mitgenommen haben, sind in Leipzig in der Person des Malers August Schünemann und der Kellnerin Frau Emma Müller geb. Schinoke festgenommen worden. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte wieder herbeigeschafft werden.

**Aschersleben**, 19. Oktober. (Versammlung der Gaswerksleiter.) Am Mittwoch hatten sich die Leiter der Gaswerke der benachbarten Städte Magdeburg, Halle, Halberstadt, Bernburg, Quedlinburg, Oschersleben, Goslar und Wernigerode hier zu einer Besprechung der für die zukünftige Gasversorgung der Städte wichtigen Tagesfragen (Caseinschränkungen, Kohlenversorgung usw.) zusammengefunden. Der Sitzung ging eine Besichtigung der neuen Vertikalkammerofenanlage des städt. Gaswerkes Aschersleben voraus, bei der die Sachverständigen Gelegenheit hatten, ihre Anerkennung über die unter schwierigen Kriegsverhältnissen geschaffene neuzeitliche Einrichtung auszusprechen. Die Neuanlage erforderte einen Kostenaufwand von 420 000 Mark.

() **Pönneck**, 19. Oktober. (Volks- und Stadthaus.) Das jetzt seinen Zwecken nicht mehr dienende städtische Malz- und Brauhaus soll in ein Volks- oder Stadthaus umgewandelt werden. Unsere Stadtkinder Geh. Hofrat Professor Robert Dietz in Dresden und Fräulein Klara Walther in Pulsich bei München haben sich bereit erklärt, Beträge und Stiftungen auszusetzen, die der Stadt ohne jede besondere Aufwendung, nur unter Hergabe der Räume zur Aufnahme der Werke dieser Künstler zufallen sollen.

**Magdeburg**, 19. Oktober. (Für 16 000 Mark Militärstoffe.) In der Nacht zum 24. August brachen die beiden 17jährigen Arbeitsburschen Karl Kunkel und Fritz Helmecke zusammen mit einem unbekannt gebliebenen Soldaten in ein Lager des Bekleidungsamts in Magdeburg ein, wo sie für 16 000 Mark Militärstoffe stahlen, die sie zu dem Arbeiter Greif schafften, der es übernommen hatte, das Gestohlene zu Geld zu machen und zu diesem Zwecke den größten Teil der Ware an den Schneidermeister Hönig zu einem Spottpreise verkaufte. Diebe und Hehler wurden jetzt von der Strafkammer Magdeburg verurteilt, und zwar Kunkel und Helmecke zu je fünf, Greif zu sechs und Hönig zu zwölf Monaten Gefängnis.

**Leipzig**, 19. Oktober. (Man ab gut bei ihm.) Einem Schankwirte in der Innenstadt von Leipzig, bei dem man bis jetzt zu erschwinglichen Preisen noch recht gut essen und sich Genüsse verschaffen konnte, die gegenwärtig zu den Seltenheiten gehören, wurde durch die Kriminalpolizei das Handwerk gelegt. Der Mann hat in zahllosen Fällen gestohlene Hühner, Gänse, Enten usw. Dieben abgekauft, die Gärten und Ställe in der Umgebung gebrandschatzt hatten. Erst vor einigen Tagen hatte er wieder acht fette Gänse gekauft, mit denen er seinen Gästen eine besondere Freude zu bereiten gedachte.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Börsenstimmungsbild.

Berlin, 19. Oktober. Bei hochgradiger Geschäftsunlust hielten sich im Börsenverkehr die Umsätze in engen Grenzen. Die Kursbewegung gestaltete sich hierbei außerordentlich unregelmäßig. Aenderungen von großer Bedeutung waren selten. Im allgemeinen stellten sich die Kurse mäßig niedriger. Vereinzelt erfolgten aber auch Besserungen, was Interventionskäufen zugeschrieben wurde. Um mehrere Prozent höher stellten sich von Schiffahrts-Aktien Hamburg-Südamerikanische und Hansa, während die übrigen ebenfalls gute Haltung zeigten. In Hütten- und Bergwerksaktien hielten sich Besserungen u. Abschwächungen ziemlich die Wage. Stärker gedrückt waren Bismarckhütte, Hohenlohe und Laura. Von Rüstungswerten erfuhren Daimler und in geringerem Maße Hirsch-Kupfer bemerkenswerte Einbuße, während bei den übrigen gleichartigen Werten die Veränderungen ziemlich belanglos blieben. Erheblicher gaben nach Orientbahn, Schantungsbahn und Lombarden. Am Anlagenmarkte war Neigung zur Abschwächung vorherrschend. Doch erreichten die Aenderungen keinen größeren Umfang.

### Devisenkurse.

Berlin, 19. Oktober.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

| | | Heute Geld | Heute Brief | Voriger Tag Geld | Voriger Tag Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| New York | 1 Doll. | — | — | — | — |
| Holland | 100 fl. | 283,00 | 283.50 | 285,00 | 285,50 |
| Dänemark | 100 Kr. | 176,50 | 177,00 | 177,50 | 178.00 |
| Schweden | 100 Kr. | 194,25 | 194,75 | 196,25 | 196,75 |
| Norwegen | 100 Kr. | 177.75 | 178.25 | 178,75 | 179,75 |
| Schweiz | 100 Fr. | 137.25 | 137,50 | 137,75 | 138,00 |
| Wien / Budapest | 100 K. | 57,95 | 58,05 | 58 70 | 58,80 |
| Bulgarien | 100 Leva | 79.00 | 79,50 | 79,00 | 79,50 |

Konstantinopel Geld 20,50 Brief 20.60 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 136.00 Brief 137.00 für 100 Peseten

Helsingfors 73,25 73,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

### Getreide.

Berlin, 19. Oktober. Die Lage des hiesigen Produktengeschäfts hat sich nicht verändert. Der Verkehr in Wintergetreide zur Saat hat nunmehr fast ganz aufgehört. Für Sommersaatgut zeigt sich bereits manche Nachfrage. Die Lieferung ist jedoch, wie schon mehrfach erwähnt, erst nach dem 1. Januar gestattet. Von landwirtschaftlichen Sämereien wird Serradella in größeren Posten offeriert, ohne daß es jedoch zu nennenswerten Umsätzen käme. Grund dafür ist das geringe Entgegenkommen der Abgeber in ihren Forderungen. Die Nachfrage für Rübensaaten hält an. Heu und Stroh bleiben knapp für den freien Verkehr. Wetter: Trübe.

**Keine Betriebseinstellung in der Porzellanindustrie.** Aus Fachkreisen wird geschrieben: „Die Fabriken, die als kriegswichtig anerkannt sind, daher solche, die bisher noch im Betrieb waren, erhalten laut Mitteilung des Verbandes Thüringischer Industrieller in Weimar vom 15. Oktober 80 Prozent der bisherigen Zuweisungen bis zur endgültigen Entscheidung, soweit es die Kohlenförderung und die Wagengestellung zuläßt. Die Porzellanindustrie hat diesen Erfolg dem energischen Vorgehen des Verbandsleiters zu verdanken, der auf die Schäden hinwies, die daraus entstehen würden, wenn die Fabriken jetzt plötzlich vor dem erhofften Kriegsende geschlossen würden. Außerdem bauen die meisten Porzellanfabriken, auch der hiesigen Umgebung, vorläufig je einen Porzellanofen zu Holzfeuerung um, um eine weitere Sicherheit zur Betriebsaufrechterhaltung zu haben. Erfreulicherweise kann man daher annehmen, daß der drohende Stillstand der Porzellanfabriken abgewandt ist."

**Die Mechanische Segeltuchweberei und Zeltfabrik Baumann & Lederer** in Kassel erwarb von der Gemeinde Worbis bei Leinefelde im Eichsfelde ein 70 000 Quadratmeter großes Grundstück zur Errichtung einer neuen großen Segeltuchweberei.

**Die Maschinenfabrik Turner, A.-G.**, in Frankfurt a. M. zahlt wieder 10 Pros. aus einem Reingewinn von 465 742 (412 259) Mk. nach Abschreibungen von 145 642 (70 733) Mk. und einem Neuvortrage von 171 778 (162 889) Mk.

**Die Kriegsleder-A.-G.** erhöht die Gerb-Extraktpreise um 0,30 Mk. für das Kilogramm reinen Gerbstoffs.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den Lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Riechner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

**Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G.** Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Reilstrasse 133. Fernspr. 6189. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181020023/fragment/page=0001